

Beruhigung statt Brot.

In den bürgerlichen Zeitungen findet man jetzt merkwürdige Inserate von Wiener Bäckermeistern. Sie bieten nicht etwa ihre Ware an, die besondere Güte und Billigkeit ihrer Erzeugnisse rühmend, sondern sie suchen Mehl, Mehl um jeden Preis, und ganz ausdrücklich wird gesagt, daß sie bereitwilligst viel mehr zahlen wollen, als der Verkäufer nach der Verordnung über die Höchstpreise zu verlangen berechtigt sein würde. Die Genossenschaften der Bäcker und der Konditoren ermächtigen ihre Vorsteher feierlich, jedes Offert ohne Rücksicht auf den Preis, also auch weit über den Höchstpreis, zu akzeptieren. Und der Bürgermeister erstattete dem Stadtrat einen umfangreichen Bericht, in dem alle Schritte, die er in der Frage der Brotversorgung der Wiener Bevölkerung seit dem 28. Juli bis zum 31. Dezember unternommen hat, in chronologischer Reihenfolge registriert werden. Dreizehnmal haben Bürgermeister und Stadtrat Beschlüsse gefaßt, beim Ministerpräsidenten, beim Handelsminister, beim Statthalter interveniert. Und mit einer sehr deutlichen Spitze gegen eine offizielle Aeußerung der Regierung erklärt schließlich der Bürgermeister, daß es „ihm und dem Magistrat stets ferngelegen sei, die Bevölkerung zu beunruhigen, im Gegenteil hätten alle Gemeindefunktionäre durch die ganze Zeit bewiesen, daß sie nach bestem Wissen und Können ihre Pflicht tun, um der Bevölkerung über unvermeidliche Begleiterscheinungen des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiet hinwegzuhelfen“.

Auch wir wünschen nicht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Aber gerade deshalb ist es unsere Pflicht, mit allem Ernste zu sagen, daß die Beruhigung nicht herbeigeführt werden kann durch Redensarten, sondern nur durch eine Tat. Die Verordnung über die Höchstpreise hat sich als unwirksam erwiesen. In den ersten Tagen hat man sich noch Mühe gegeben, nach Formen zu suchen, unter denen man sie übertreten könnte. Auch das hat aufgehört und heute ist die Uebertretung, die doch mit empfindlichen Strafen bedroht ist, die selbstverständlichsie Sache. Weiß die Regierung nicht, was alle Welt weiß? Die Regierung kann sich darauf berufen, daß die Einführung von Höchstpreisen von vielen Seiten gefordert und als Wundermittel gepriesen worden ist. Wenn die Praxis anders entschieden hat, so hat nicht nur die Regierung unrecht gehabt, sondern mit ihr alle, die dieses Mittel empfohlen und an seine Wirkung geglaubt haben. Warum also sollte die Regierung zögern, einen Irrtum, der nicht nur sie trifft, eingestehen und nun endlich die Tat zu setzen, die sofort mit einem Schläge alle Beunruhigung und Sorge zu bannen vermöchte? Die Regierung ist nicht verantwortlich für das geringe Ergebnis der letzten Ernte. Aber sie ist verantwortlich dafür, daß mit dem Getreidevorrat, der uns nun einmal zur Verfügung steht und der nicht beliebig vermehrt werden kann, vernünftig gewirtschaftet werde. Das zu gewährleisten ist noch immer möglich. Noch immer kann die Sorge ums tägliche Brot verschucht werden. Noch immer ist die Umkehr möglich.

Was wir seit Monaten verlangen und was nunmehr zur Forderung aller Parteien und aller Kreise geworden ist — selbst das „Fremdenblatt“ ist schon dazu gekommen, die Einführung des Getreidehandelsmonopols zu erwägen! — ist die staatliche Organisation der Getreideversorgung. Warum kann sich die Regierung zu diesem Schritte nicht entschließen? Wir möchten die Gründe kennen lernen, uns durch die Argumente der Regierung be-

lehren lassen oder ihre Unhaltbarkeit erweisen. Die Regierung schweigt. Aber sie erweckt dadurch nur den Eindruck, daß ihr Widerstand aus Bedenken stammt, die gerade in dieser Frage nicht die geringste Beachtung finden dürfen. Die staatliche Organisation der Getreideversorgung erfordert sehr bedeutende Geldmittel. Hunderte von Millionen müssen zum Ankauf des Getreides bereitgestellt werden. Selbstverständlich. Ja es ist sogar möglich, daß der Staat ein schlechtes Geschäft machen kann, wenn die Preise fallen, welchem Argument freilich — leider — nur theoretische Bedeutung zukommt. Aber wenn zu anderen Zeiten der Finanzminister in solchen Fragen das entscheidende Wort zu sprechen haben mag, so steht jetzt die Sache ganz anders. Der Finanzminister muß es vergessen, daß er als Sektionschef und Budgetreferent berufsmäßig allen Geldforderungen ein starres Nein entgegenzusetzen hatte. Er muß begreifen, daß es sich hier nicht um eine Frage des Budgets handelt, sondern um das denkbar stärkste und wichtigste staatliche Interesse. Es ist sehr bequem, den autonomen Körperschaften Unterstützung zu versprechen, „falls sich diese entschließen, selbst zu praktischen Maßnahmen zu schreiten und durch eigene Käufe und ähnliche Aktionen zur Deckung der Bedürfnisse ihres Gebietes beizutragen“. Das ist sehr bequem für die Regierung, aber kein Ausweg aus der Situation, in der wir uns heute befinden. Wenn der Finanzminister die finanzielle Mitwirkung der autonomen Körperschaften wünscht, so wird darüber wohl ein Einverständnis zu erzielen sein. Aber die Regierung muß die Führung übernehmen. **Fiskalische Bedenken** dürfen keine Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Das kann nur die Regierung. Wir brauchen die Gewähr, daß wir an jedem Tage durch all die sechs Monate, die uns von der neuen Ernte trennen, Brot haben werden. Wenn uns die Regierung diese Sicherheit schafft, so wird sie — aber auch nur dann — die Beruhigung der Bevölkerung haben, die sie und wir mit ihr so dringend wünschen.